

# Bezahlte Elternzeit: Jetzt geht's ums Geld

Eine Auszeit, um sich um den Nachwuchs zu kümmern: Den Bedarf sehen mittlerweile die meisten Akteure – offen ist die Finanzierung

Valeska Blank

«Wer soll das bezahlen?» Das ist nicht nur eine Zeile aus einem alten Lied – auch Regierungsrat Manuel Frick brachte mit dieser Frage auf den Punkt, worin momentan die grösste Knacknuss in Sachen bezahlte Elternzeit in Liechtenstein besteht.

In den Raum gestellt hat Frick die Frage am Mittwochabend bei der Veranstaltung «Familie und Beruf» in Schaan. Konsens herrschte darüber, dass es höchste Zeit ist, dass in Liechtenstein endlich eine bezahlte Auszeit für Eltern eingeführt werden muss. Die Politik hat den Ball mittlerweile aufgenommen: Eine Arbeitsgruppe wurde gegründet – sie beschäftigt sich derzeit intensiv damit, wie die Elternzeit gestaltet werden soll. Noch dieses Jahr soll ein entsprechender Vernehmlassungsbericht vorliegen.

## Kosten von 30 Millionen Franken pro Jahr

Der politische Wille ist also da. Doch mit dem Bekenntnis allein ist es nicht getan – jetzt geht es ans Eingemachte: die Finanzierung. Das sei momentan die grösste Herausforderung, schreibt das Wirtschaftsministerium auf Anfrage. Auf die Frage, welche Möglichkeiten zur Wahl stehen, heisst es aber lediglich knapp, das werde aktuell in der Regierungsarbeitsgruppe diskutiert.

Eine Modellrechnung, wie viel eine bezahlte Elternzeit ungefähr kosten würde, besteht bereits. Die Regierung hat im Jahr 2020 in einer Interpellations-

antwortung errechnet, dass im Jahr 2018 rund 1400 Frauen und Männer Anspruch gehabt hätten. Bei einer viermonatigen Elternzeit und einer Zahlung von 80 Prozent des Medianlohns würden sich die Kosten auf rund 30,5 Millionen Franken belaufen.

In der Interpellationsantwortung werden gleichzeitig Wege aufgezeigt, woher diese Millionen kommen könnten. Demnach gibt es letztlich grundsätzlich nur drei Quellen: Steuern, Arbeitnehmerbeiträge in Form von Lohnabzügen und Arbeitgeberbeiträge. Ein Überblick über fünf Denkansätze:

## Finanzierung durch die Familienausgleichskasse

Naheliegend zur Finanzierung wäre die Familienausgleichskasse (FAK), schreibt die Regierung. Diese wird mit Arbeitgeberbeiträgen finanziert. Unter der Annahme, dass die Elternzeit Kosten von 30,5 Millionen Franken verursacht, würden ihre Ausgaben gegenüber dem aktuellen Stand ungefähr ein- einhalb mal so hoch ausfallen. Konkret heisst das: Die Arbeitgeber müssten mit einer deutlichen Beitragserhöhung belastet werden.

## Zahlung via Krankentaggeldversicherung

Eine weitere Überlegung ist, die Elternzeit über die Krankentaggeldversicherung zu finanzieren. Beim zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub ist das schon so angedacht. Die Kran-



Es stehen verschiedene Möglichkeiten im Raum, wie die Elternzeit finanziert werden könnte. Bild: Keystone

kentaggeldversicherung in der aktuellen Form wird von Arbeitgebern und über Lohnabzüge der Arbeitnehmer finanziert. «Es ist bei dieser Finanzierungsform zu überlegen, ob die

Elternzeit nach denselben Bedingungen wie Krankheit oder komplett separiert von Krankheitsleistungen behandelt werden soll», schreibt die Regierung dazu.

## Ausrichtung über die AHV

Auch eine Finanzierung der Elternzeit über die AHV ist laut Regierung denkbar. Das hätte

aber spürbare – und unpopuläre – Konsequenzen: Es müssten etwa höhere Beiträge von Arbeitnehmern, Arbeitgebern oder dem Staat festgelegt werden. Eine andere Möglichkeit wäre die Erhöhung des Rentenalters oder Leistungskürzungen.

## Bezahlung durch die Unternehmen

Auch die Unternehmen könnten in die Bresche springen – schliesslich erhöht eine bezahlte Elternzeit die Attraktivität der Arbeitsplätze und begünstigt die Rückkehr von Frauen an den Arbeitsplatz, schreibt die Regierung. Als Kompensation könnten die Unternehmen die Höhe der bezahlten Beiträge aber von den Steuern absetzen. Dieses Modell wäre nur im Rahmen der Unternehmenssteuern möglich. Kleine Unternehmen wären dabei aber im Nachteil.

## Finanzierung durch den Staat

Eine Option wäre es auch, dass das Land die Elternzeit bezahlt. «Technisch wäre das denkbar», heisst es in der Interpellationsantwortung. Die Regierung meldet aber Bedenken an, etwa den Arbeitsaufwand in der Verwaltung. Darum sei bei einer von mehreren Variablen abhängigen Ausgestaltung für die Durchführung der Auszahlung bevorzugt eine Stelle zu suchen, die näher an der Lohnabrechnung ist, also eine bestehende Sozialversicherung oder die Lohnbuchhaltung des Arbeitgebers.